

## Liebe Genossinnen und Genossen,

**mehr Demokratie wagen**, das war das Ergebnis aus der Aufarbeitung des schlechten Wahlergebnisses zur Bundes- und Landtagswahl im September 2009 und der innerparteilichen Reflexion. Die Parteibasis soll wieder mehr zur Tagespolitik beitragen, sie soll mehr eingebunden werden, z.B. durch mehr Mitgliederbefragungen.

Mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein, das die eben benannten Landtagswahlen für



ungültig erklärt hat, und der daraus resultierenden Kandidatur von Ralf Stegner und Torsten Albig, sowie die weitere Kandidatur von Brigitte Fronzek. Für die Spitzenkandidatur, wird

die Parteibasis schneller eingebunden, als wir uns dies vorgestellt haben. Der SPD-Landesvorstand hat einen Verfahrensvorschlag für die Nominierung der Spitzenkandidatin bzw. des Spitzenkandidaten unterbreitet. Bis zum 1. Oktober 2010 sollen alle Kandidaturen um das Spitzenamt eingereicht sein. Es folgen gemeinsame Vorstellungsrunden in allen Kreisverbänden und eine separate Vorstellungsrunde bei den Arbeitsgemeinschaften. Die Vorstellungsrunden sind öffentlich. Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit an den Vorstellungsrunden teilzunehmen. Jeder Kreisverband kann für sich entscheiden, ob im Anschluss an die Vorstellungsrunde eine Abstimmung der Parteimitglieder oder aller Besucher stattfindet. Von einer Abstimmung kann aber auch abgesehen werden. Unser Kreisvorstand hat sich am 22. September mehrheitlich dafür ausgesprochen, im Anschluss an die Vorstellungsrunde eine geheime Abstimmung aller Besu-

cherinnen und Besucher durchzuführen. Nachdem alle Vorstellungsrunden absolviert wurden, wird es eine Mitgliederbefragung geben. Jede Genossin und jeder Genosse kann darüber abstimmen, wer die SPD Schleswig-Holstein als SpitzenkandidatIn in den Wahlkampf führt. Urdemokratischer geht es nicht. Mehr Demokratie wagen. Hier wird es umgesetzt.

Mein Bestreben ist es, dass sehr viele Genossinnen und Genossen an der Vorstellungsrunde in Ostholstein teilnehmen. Über die Einzelheiten werdet ihr frühzeitig unterrichtet. ■

Rote Grüße

**Lars Winter**  
Kreisvorsitzender

## Demokratie in der SPD - Bericht vom Landesparteitag in Kiel

**Mehr Demokratie wagen.** Dieser Satz zieht sich wie ein roter Faden durch die derzeitige sozialdemokratische Arbeit. Auch innerparteilich. Am 11. September fand der erste neu strukturierte Landesparteitag in Kiel statt. Die Anzahl der Delegierten wurden von bisher rd. 100 auf nun mehr als 210 angehoben. Damit gingen einige organisatorische Umstellungen einher. Mit der Umstrukturierung des Anmeldeverfahrens ist der Landesgeschäftsstelle ein großer Wurf gelungen. Die Aufteilung der Delegiertenplätze lässt allerdings noch einige Verbesserungen zu. So waren unsere 16 Delegierten auf drei Tische verteilt, die zum Teil recht weit auseinander standen. Die notwendige Kommunikation und kurzfristige Abstimmung untereinander war dadurch sehr erschwert. Das Casino der Verkehrsbetriebe Kiel war bisher immer ein guter Ort für Landesparteitage. Am 11. September stießen diese Räumlichkeiten an ihre Grenzen.

Nun zu den politischen Inhalten des Landesparteitages. Alle waren nach der Kandidatur von Torsten Albig um das Spitzenamt zur nächsten Landtagswahl auf die Rede und Reaktion von Ralf Stegner gespannt. Ralf hat einen langen Anlauf (45 Minuten) benötigt, um sich ebenfalls

zur Spitzenkandidatur zu bekennen. Dabei begrüßte er, dass die SPD Schleswig-Holstein mehr als einen Kandidaten aufstellen kann. Er sieht dies als Zeichen der derzeitigen Stärke des Landesverbandes. Auch das vom Landesvorstand gewählte Verfahren zur Ermittlung des/der Spit-



Ein Teil unserer Delegation auf dem Landesparteitag am 11.09.2010 in Kiel.



Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Bettina Hagedorn (MdB) bei der Eröffnung des Landesparteitages.

zenkandidatIn zeugt von größtmöglicher Transparenz und Basisdemokratie.

Inhaltlich ist Ralf in seiner „großen sozialdemokratischen Rede“ (Originalton Torsten Albig) mit der derzeitigen schwarz-gelben Landesregierung hart ins Gericht gegangen. „Die schlechteste Regierung unseres Landes seit langem“ gehört abgelöst. Lieber heute als morgen. Damit verband er die Forderung eines möglichst frühen Wahltermins, also im September 2011.

Der als Bildungsparteitag bezeichnete Landesparteitag behandelte dann auch zunächst den Leitantrag zur Bildung, der durch den ursprünglichen Antrag der Jusos im März 2010 eingebracht und auf mehreren Gruppensitzungen beraten und ausgefeilt wurde. Die Bildungsanträge der SPD Ostholstein wurden in den Leitantrag mit eingearbeitet. Weitere Änderungen unserer BildungspolitikerInnen zur inklusiven Schule und der Einbindung des Elternwillens bei freiwilligen Klassenwiederholungen konnten nicht durchgesetzt werden. Das erging aber den Änderungsanträgen anderer Kreisverbände auch so. Den Ersatz des bisherigen Religionsunterrichts durch das Fach LER (Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde) fand ebenfalls keine Mehrheit. Mehr als 75 Änderungsanträge zum Leitantrag Bildung (B1) sprengten schnell den Rah-

men. Nach rund fünfstündiger Debatte wurde der B1 vom Landesparteitag angenommen. Die weiteren Bildungsanträge wurden vertagt, da neben der Bildung noch weitere wichtige Themen zur Entscheidung anstanden.

Der Landesparteitag hat unter anderem den Kompromiss zwischen der SPD Ostholstein, dem Umweltforum und dem Arbeitskreis Wirtschaft der Landtagsfraktion zum Thema Feste Fehmarnbeltquerung (FBQ) mehrheitlich angenommen. Nun muss bis zum kommenden Landesparteitag im April 2011 ein Fragenkatalog abgearbeitet werden, der die politische Neubewertung der SPD Schleswig-Holstein zur FBQ zur Folge haben soll. Die Politik hat nicht nur die Verantwortung sich zu entscheiden, sie muss auch dauerhaft ihre Entscheidungen reflektieren und betrachten, ob die damals getroffenen Entscheidungen heute noch tragbar sind. Die SPD hat mit ihrem Beschluss diesen Weg in Sachen FBQ bereitet. Dass die CDU, hier namentlich der „Verkehrsexperte“ Arp genannt, dies nicht verstehen kann und weiterhin an dem unsinnigen Projekt festhalten will, nur weil es mal beschlossen wurde, verwundert nicht. Allerdings ist die Antwort des verkehrspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder, nicht minder verwunderlich. Er hat den Inhalt des beschlossenen Antrages offensichtlich nicht verstanden, wenn er selbst davon spricht, dass es legitim ist, Fragen zu stellen, nur um Antworten zu erhalten. Er sagte: „Es geht mitnichten um eine „Fehlentscheidung“ zur FBQ. Die SPD-Landtagsfraktion steht zu diesem für Schleswig-Holstein bedeutsamen Projekt; wir haben uns immer eindeutig positioniert. Es ist jedoch legitim, dass auf



Gisela Poersch bei der „Betreuung“ von Regina Poersch (MdL) und Annette Schlichter-Schenck. Beide aus unserer Delegation.

einem Landesparteitag zu einem solchen Großprojekt Fragen gestellt werden; diese muss man abarbeiten.“ Dagegen muss ich heftigst protestieren. Natürlich geht es darum, die SPD Schleswig-Holstein und damit auch unsere Landtagsfraktion



Unsere Ersttäterinnen in Sachen Landesparteitag: Linda Krug und Ute Stahl.

auf einen anderen, einen neuen Weg in der Betrachtung von Großprojekten im Allgemeinen und in der Frage zur FBQ im Besonderen zu bewegen. Die SPD Ostholstein und die meisten Bürgerinnen und Bürger unserer Region lehnen die FBQ und die daraus resultierenden Konsequenzen, wie die Hinterlandanbindung, ab. Mit dem Beschluss des Landesparteitages ist der erste richtige Schritt in diese Richtung erfolgt. Im April 2011 wird sich die SPD Schleswig-Holstein endgültig **für** oder **gegen** die Feste Fehmarnbeltquerung aussprechen müssen. Ich glaube, dass auch von der Antwort dieser Frage es sich mitentscheidet, ob die SPD wieder in Regierungsverantwortung kommen wird.

Aufgrund der Vielzahl der vorliegenden Anträge und der fortgeschrittenen Zeit, wurden mehr als 20 weitere Anträge auf den nächsten Landesparteitag vertagt. Hier zeigt sich ein Nachteil der vielen Delegierten des Landesparteitages, da sich auch die Anzahl der Wortbeiträge erhöht. Die SPD Ostholstein wird Vorschläge für die Landesgeschäftsstelle erarbeiten, wie die Organisation der Landesparteitage geändert werden kann, damit alle Anträge zu ihrem Recht kommen, behandelt zu werden. Mehr Demokratie wagen. Zur Basisdemokratie gehört es auch, dass inhaltliche Arbeit der Ortsvereine und Kreisverbände gleichermaßen respektiert werden. ■

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Schulbusverkehr: Schüler nicht bestrafen

Eine berechtigte „Tsunami“-Protest- und Beschwerdewelle überrollt den mittleren Kreis Ostholstein zu den neuen Busrouten und Fahrplänen der Firma Rohde.

Diese Welle hat jetzt endlich dazu geführt, dass das neue Verkehrsunternehmen Rohde und der Kreis darauf reagieren. Die SPD Kreistagsfraktion fordert vom Busunternehmen Rohde und der Kreisverwaltung die bisherigen Fahrpläne mit der kundenfreundlicheren Linienführung in dieser Region wieder zu reaktivieren, denn lt. Firma Rohde sind



Burkhard Klinke

jetzt genügend Busse vorhanden. Es ist ein Skandal, dass Schülerinnen und Schüler mit Eintragungen im Klassenbuch versehen werden, wenn sie zu spät zum Unterricht kommen, obwohl sie

dafür objektiv nichts können, weil die jetzigen Fahrpläne nicht schulgerecht abgestimmt worden sind.

Dazu Burkhard Klinke: „Nochmals, es kann nicht sein, dass zuerst damit argumentiert wurde, einen verschlankten Fahr- und Linienplan als Übergangsverkehr anzubieten, weil die neuen Busse erst Ende des Jahres ausgeliefert werden. Die Busse sind auf einmal da, jetzt sind es die Kommunen und die Schulen die angeblich verspätet ihre Schülerzahlen gemeldet haben. Was trifft nun zu?“

Die SPD Fraktion fordert den Schulrat des Kreises Ostholstein und die zuständige Schulaufsichtsbehörde des Landes auf, unverzüglich die Schulen anzuweisen, keine Eintragungen ins Klassenbuch bei Verspätungen durch das Busunternehmen Rohde vorzunehmen und die bisherigen Eintragungen sofort zu streichen, weil diese sonst im Zeugnis erscheinen.

Abschließend Klinke: „Durch den „Übergangsverkehr“ sind in dieser Region viele Dörfer vom Busverkehr abgeschnitten worden, denn es werden viele

Dörfer nicht mehr angefahren, die Berufstätigen müssen Fahrgemeinschaften bilden, viele müssen ihre Autos aktivieren, um zur Arbeitsstelle zu kommen.

Die Schüler kommen zu spät und nach der Schule gar nicht mehr nach Hause oder gar nicht zur Schule. Der Werbeslogan der Firma Rohde: „Alle Fahrgäste sollen sich bei uns wohlfühlen“ und die Äußerung von Landrat Sager bei der Einführung der Firma Rohde: „Wir freuen uns, dass es uns gemeinsam mit der Firma gelungen ist, ein für den Bürger verbessertes Angebot zu gestalten“, ist ein Schlag ins Gesicht für die Betroffenen und gleichzeitig ein Hohn.

Die SPD fordert bis zum Jahresende 2010 eine familien-, schüler- und arbeitnehmerfreundliche Fahrplangestaltung und Linienführung. Kurz gesagt: Der alte bewährte Fahrplan muss erst einmal wieder her.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## Arbeitsplatzrisiko oder -chance durch die Feste Beltquerung?



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) des SPD-Kreises Ostholstein traf sich am 06.09.2010 mit

Gästen an Bord der Scandlines-Fähre „Deutschland“. Thema der Veranstaltung war die Feste Fehmarnbeltquerung und die damit erwarteten Arbeitsplatzverluste. Als Referent war der Geschäftsführer der Arbeitsagentur Lübeck, Herr Werner, bei der gut besuchten Veranstaltung anwesend. Herr Werner gab einen Überblick über die Beschäftigungs- und Arbeitslosensituation des Kreises

Ostholstein, im Besondern der Insel Fehmarn, und forderte die Anwesenden auf, den sich abzeichnenden Strukturwandel als Chance für neue Arbeitsplätze zu sehen. Er gab einige Beispiele gelungener Strukturwandel in verschiedenen Regionen Deutschlands. Bei diesen Beispielen wurde deutlich, dass ohne organisatorische und finanzielle Hilfen der jeweiligen Bundesländer oder des Bundes die Erfolge nicht möglich gewesen wären. Genau diese Hilfe aber versagt die CDU/FDP geführte Landesregierung, wie der Ministerpräsident, Peter Harry Carstensen, anlässlich seines Besuchs in Großenbrode erklärte. Es kann nicht sein, daß die jetzige Landesregierung sich rühmt

die Feste Fehmarnbeltquerung realisiert zu haben, aber bei den offensichtlichen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Region die Augen verschließt und jede Hilfe kategorisch ablehnt! Deshalb fordert die AfA der SPD Ostholstein, sofern sich der Bau der festen Fehmarnbeltquerung nicht mehr verhindern lässt, die Landesregierung auf, ihre Haltung zu überdenken und notwendige Hilfen für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Region Fehmarn/OH bereitzustellen. ■

Inke-Marie Jaschinski  
AfA-Kreisvorsitzende

## Ankündigung

Am **10. November 2010**, um **19.00 Uhr**, findet eine **Ortsvereinskonferenz** zum Thema Mitgliederwerbung statt. Damit findet die Umsetzung dieses Themas seine Fortsetzung. Den Ortsvereinen werden verschiedene Formen der Mit-

gliederwerbung und Lösungsvorschläge vorgestellt. Nähere Informationen sowie der Veranstaltungsort werden noch bekannt gegeben. ■

## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter

## „Todspareraktion“ der Jusos-Ostholstein und Lübeck



Bad Schwartau - Die Szenerie war auf den ersten Blick unheimlich. Ein als Tod verkleideter Juso stürmte über den Schwartauer Markt und durch die angrenzende Fußgängerzone, mehr als 20 andere Genossinnen und Genossen hinterher. Ziel der gemeinsamen Aktion der Jungsozialisten (Jusos) in der SPD aus den Kreisverbänden Ostholstein und Lübeck war es, auf den dramatischen Sparkurs der gelb-schwarzen Landesregierung hinzuweisen. Hierzu wurden an interessierte Passanten Flugblätter im Steckbrief-Format verteilt, mit denen nach den „Todsparnern“ in der amtierenden Landesregierung „gefahrenet“

wurde. Der Ostholsteiner Juso-Kreisvorsitzende Niclas Dürbrook hierzu: „Niemand bezweifelt die Notwendigkeit im Landeshaushalt zu sparen. Aber es muss, anders als Ministerpräsident Carstensen dies meint, auch Tabus geben. Dazu ge-



hört unter anderem die Bildung. Zu Tode sparen, wie an der Uni Lübeck ursprünglich geplant oder wie bei der Schulbusbe-



förderung auch umgesetzt, ist unverantwortlich.“

Ähnliche Aktionen fanden bereits in Neumünster und Kiel statt. Für die Zukunft sind weitere Aktionen, unter anderem in Lübeck geplant. ■

Niclas Dürbrook  
Jusos Kreisvorsitzender

## Jahreshauptversammlung bei den Ostholsteiner Jusos

Am Sonntag, den 12.09.2010, fand in Scharbeutz die Jahreshauptversammlung der Jusos im SPD-Kreisverband Ostholstein statt. Als Gast konnte von den zahlreich erschienenen Mitgliedern der



Landesvorsitzende der Jusos, Cornelius Samtleben, begrüßt werden.

Der Jahresbericht des Kreisvorsitzenden Niclas Dürbrook ging auf die zahlreichen

Veranstaltungen der Jusos im vergangenen Jahr ein, unter anderem eine Anti-Atom Aktion in Eutin und eine große Aktion gegen die Sparpolitik der schwarz-gelben Landesregierung in Bad Schwartau. Inhaltlich wurden auch zusammen mit der SPD AG 60+ die Themen Bildung und Generationengerechtigkeit bearbeitet. Darüber hinaus wurden die Strukturen in Ostholstein reaktiviert, auch durch neue Orts-AGs in Eutin und Bad Schwartau. Bei den anschließenden Wahlen wurde der 20-jährige Student Niclas Dürbrook aus Klingberg einstimmig

in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Björn Frohne und Tim Dürbrook wurden als Stellvertreter neu in den Vorstand gewählt. Als neue Beisitzer wurden Ria Stahl, Ulf Schäfer und Hannes Märten gewählt. Als Beisitzer erneut in den Vorstand gewählt wurden Timo Vogler und Lennart Maaß.

Während der Jahreshauptversammlung wurde zudem die neue Homepage der Jusos Ostholstein freigeschaltet. Sie ist ab sofort unter [www.jusos-ostholstein.de](http://www.jusos-ostholstein.de) zu erreichen. ■

## Benutzerfreundliche Krippenplatzübersicht im Internet gefordert



Frauen (AsF).

Die Kreistagsfraktion der SPD übernimmt diese Forderung und wird am 28. September 2010 im Jugendhilfeausschuss des Kreises einen Antrag dazu stellen.

„Wir erwarten, dass sich Familien bereits in der Planungsphase oder vor einem anstehenden Umzug über die angebotenen Krippenplätze im Internet

informieren können!“ meint Swantje Meininghaus, AsF Vorsitzende im Kreis Ostholstein. Frauen erwarten bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dazu gehört in erster Linie die liebevolle und zuverlässige Betreuung auch der Kleinsten. „Erst wenn die Betreuung sichergestellt ist, können sich die Mütter wieder auf den Weg in ihren Beruf machen. Das ist die Erfahrung aller, die sich mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie befassen“, ergänzt Annette Schlichter-Schenck, Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Kreises Ostholstein.

Kreisweit entstehen zurzeit sowohl an bestehenden Kindergärten, als auch

unter der Obhut verschiedener anderer Träger, Krippenplätze. Um Familien und Müttern eine Übersicht zu bieten, welche Angebote sie nutzen könnten, wäre ein benutzerfreundliches Verzeichnis aller Tagespflegestellen auf der Homepage des Kreises Ostholstein in jedem Falle eine Hilfe.

Dort sollten idealerweise sowohl Kindergärten, Krippen unter anderer Trägerschaft (z.B. Kinderschutzbund), als auch Tagesmütter zu finden sein, selbstverständlich mit Adresse und Telefonnummer. Darüber hinaus wären Informationen über die Qualifikation der Betreuerinnen und Betreuer, über

das pädagogische Konzept, den Betreuungsschlüssel sowie über Kosten und angebotene Betreuungszeiten sinnvoll. So

könnten auch wohnortfernere Angebote in die Entscheidung der Familie und der Mütter mit einbezogen werden. ■

Swantje Meininghaus  
AsF-Kreisvorsitzende

## „Tourismus und Fischerei“ - Zwei Themen unserer Küste



Am 10. September 2010 konnte die AG-60plus, gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen Kellenhusen-Grube und Dahme, unsere Europaabgeordnete Ulrike Rodust in Kellenhusen begrüßen. Geladen war zu den Themen Tourismus und Fischerei.

Nach der Begrüßung durch die örtliche Bürgermeisterin folgte eine Einführung durch den AG60plus-Kreisvorsitzenden, Alfred Welack.

Da der Themenbereich Tourismus schwerpunktmäßig von den SPD-Abgeordneten des Bundes- und des Landtages betreut werden, beschränkte sich Ulrike Rodust auf den Vortrag allgemeiner In-

formationen. Mehr als 160.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Schleswig-Holstein im Tourismus beschäftigt. Jährlich werden rd. 5 Mrd. Euro in diesem Bereich umgesetzt. Daran kann man den wichtigen Stellenwert des Tourismus für unser Land erkennen. Sie ging weiter darauf ein, dass der Plan der schwarz-gelben Landesregierung, die TaSH, die Tourismusagentur Schleswig-Holstein zu schließen, einen fassungslos macht. In Kiel wird offenbar nicht erkannt, welche schwerwiegenden und nachhaltigen Folgen diese Entscheidung hat. Die EU unterstützt die heimische Tourismuswirtschaft im Wesentlichen bei dem Aufbau der touristischen Infrastruktur. So wurde der Küstenschutz in Timmendorfer Strand, das Kurmittelhaus in Dahme,

das Meerwasserbad in Fehmarn und die Promenaden in Neustadt, Kellenhusen und Heiligenhafen finanziell gefördert. Im Rahmen des Interreg IIIA-Projekt BALTIC BRIDGE soll bei einer Laufzeit von 3 Jahren eine grenzüberschreitende „Brücke“ zwischen dem Oldenburger Wallmuseum und dem Mittelalterzentrum in Nykøbing geschlagen werden. Da Ulrike Rodust Koordinatorin der S&D-Fraktion (Sozialisten und Demokraten) im Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments ist, konnte sie ausführlich über die derzeitige Situation der Fischerei berichten. Im Anschluss des Vortrages konnten die Besucherinnen und Besucher Fragen stellen, die kompetent von Ulrike Rodust beantwortet wurden. ■

## Kreispräsident a.D. Dr. Berg verlässt die politische Bühne im Kreis OH

Dr. Karlfriedrich Berg, auch Charlie genannt, war vom 18.2.1992 – 31.3.2003 Kreispräsident des Kreis Ostholstein und vom 1.4.2003 – 31.5.2008 dann erster stellv. Kreispräsident.

Der SPD Politiker Dr. Berg ist von Beruf Chemiker. Seit dem 1.9.1982 ist er Mitglied in der SPD und gehörte dem Kreistag seit dem 9.9.1986 an. Er hat zum 31.8.2010 aus gesundheitlichen Gründen die politische Bühne verlassen.

Während seiner Zeit als Kreispräsident „regierte“ im Kreis Ostholstein das SPD Quartett Landrat Fischer, Kreispräsident Berg, Fraktionsvorsitzender Lohr und Eugen von Ruskowski.

Diese vier haben den Kreis Ostholstein u. a. zum Kreis für Kinder und Jugendliche ausgerufen, das Agenda 21 Büro eingerichtet und jugend- u. sozialpolitische Akzente im Kreis gesetzt. Diese wurden durch die neuen politischen Mehrheiten ab 2003 wieder gestrichen.

Dr. Berg war während seiner langer politischen Tätigkeit im Kreistag in vielen verschiedenen Ausschüssen und Gremien z.B. im Haupt-, Umwelt- und Kulturausschuss, er war Mitglied im Zweckverband Ostholstein, im Landkreistag und im Verwaltungsrat der Spar-

kasse tätig. In der Kreistagsfraktion war er stv. Fraktionsvorsitzender und in seinem Ortsverein Scharbeutz im Ortsvorstand.

Sein Leben ist nicht nur die Politik, sondern auch die Kirche, die Kunst und er ist der Kultur gegenüber immer sehr verbunden.

Dr. Bergs politische Einstellung ist entscheidend geprägt durch seine christlichen Wurzeln. Er war Mitglied der norddeutschen Synode und zitierte sehr häufig aus dem Werk von Martin Luther (1520), „Von der Freiheit eines Christenmenschen.“

Der Genosse Berg hat in einem anderen politischen System gelebt und nicht die Freiheiten gehabt, die er zu seinem Leben brauchte. Er ist heute immer ein Mahner des freien Denkens und Handelns.

Als Kreispräsident hat er die „Absichtslosen Gespräche“ im Kreishaus eingeführt. Dazu hat er Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und des Handelns eingeladen. Es waren Gespräche, die über den Tellerrand der aktuellen Tagespolitik hinausragten.

Dr. Berg ist ein aufrechter, wahrhafter Demokrat, menschlich verbindlich

und immer freundlich. Vor allem ist er ein sehr humorvoller Mensch.

Herr Berg war 24 Jahre Kreistagsabgeordneter und davon 11 Jahre Kreispräsident. In der SPD Fraktionsarbeit hat er nach den sozialdemokratischen Grundsätzen gearbeitet und auch danach gelebt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der SPD Fraktionsvorsitzende Burkhard Klinke dankte dem Fraktionsmitglied Dr. Karlfriedrich Berg für seine sehr lange ehrenamtliche, politische Arbeit für den Kreis Ostholstein, für die Bürgerinnen und Bürger. Für seine ehrenamtliche politische Tätigkeit wird er am 5. Oktober auf der Kreistagssitzung geehrt und verabschiedet.

Klinke: „Ich habe Charlie in der Kreistagsfraktion schätzen gelernt, weil er als SPD Ur-Gestein der Letzte vom Quartett ist, der die politische Bühne verlässt. Er hat immer mit ganzer Kraft, mit Ausdauer und Hartnäckigkeit sozialdemokratische Politik und Ziele in der Fraktion vertreten.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender